



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/68 - 21.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Vor zwanzig Jahren ...	S. 1
Frankreichs Sorgen in Indochina	S. 3
Die Wohnungsbausituation in Nordrhein-Westfalen	S. 4

Die letzte Warnung der SPD

Otto Wels' große Rede vor 20 Jahren

Der 23. März 1933 ist ein Tag des Unheils in der deutschen Geschichte. An diesem Tage stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz Hitlers, das praktisch die Reichsverfassung aufhob und jene Entwicklung einleitete, die im totalen Zusammenbruch Deutschlands ihren schrecklichen Abschluß fand. Die bürgerlichen Parteien gaben dem Hitler-Kabinetts freie Hand in der törichten Hoffnung, daß es sich doch an Recht und Moral halten werde. Sie gaben damit dem Regime den Anschein einer Legalität, die das rebellierende Gewissen von Millionen Deutschen beruhigte. In einer unvergeßlichen Rede warnte der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Otto Wels, vor den Folgen des Ermächtigungsgesetzes. Die deutsche Sozialdemokratie sagte damals Nein, und wie recht sollte ihr die Geschichte geben. Wir bringen aus Anlaß der zwanzigjährigen Wiederkehr dieses Schicksalstages die entscheidenden Stellen dieser Rede:

"Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals seit es einen deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich umso schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: Wir haben weder in Paris um Intervention

gebeten, noch Millionen nach Prag verschoben, noch übertreibende Nachrichten ins Ausland gebracht. Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres vom Falschen scheidet. Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei. Das, meine Herren, liegt bei Ihnen.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie bräuchten kein Ermächtigungs-Gesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität.

Aber dennoch wollen sie vorerst den Reichstag ausschalten, um ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf durchgreifende Maßnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht. Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden. Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen. Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. Davon können sie nicht zurück ohne ihren eigenen Führer preiszugeben. Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft, aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungs-Gesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft".

+ + +

"Endsieg" in Indochina ?

G.S. - Paris, Ende März

Eine kurze Mitteilung der Nachrichtenagenturen: Der Oberbefehlshaber der UNO-Streitkräfte in Korea, General Mark Clark, wird sich nach Indochina begeben, um die dortige Front zu besichtigen. Dies ist die direkte Folge der Besprechungen, die die französische Regierung in Paris mit John Foster Dulles, und die Marschall Juin kürzlich in Korea führte. Es bedeutet, daß Frankreich sich verpflichtet hat, den Krieg in Indochina "bis zum Ende" zu führen (so konnte man es in einer Pariser Zeitung lesen), mit amerikanischer Unterstützung und als Teilhaber einer größeren, "atlantischen Front".

Der Krieg in Indochina verzettelt Frankreichs militärische und wirtschaftliche Kräfte. Niemand glaubt im Ernst jedoch an einen "Sieg" in Indochina. Die Tatsache, daß Frankreich die amerikanische Hilfe erheischt und erhält, bedeutet, daß Indochina endgültig in die atlantische Front einbezogen und daß der Krieg im Dschungel sich verewigen wird. Was heißt "amerikanische Hilfe" in diesem Falle? Es bedeutet, daß die Vereinigten Staaten Kanonen, Maschinengewehre und Flugzeuge in großen Mengen liefern werden, was dazu beitragen wird, die Front erheblich zu entlasten.

Doch ist damit für Frankreich das wesentlichste Problem keineswegs gelöst: Das der Soldaten und Offiziere. Es ist in der Tat keine Rede davon, daß die Vereinigten Staaten (die in Korea eine andere Front halten) Soldaten nach Indochina senden werden. Frankreich wird weiterhin gezwungen sein, seine Soldaten, seine besten Unteroffiziere und Offiziere in den Dschungel nach Indochina zu senden und...die "Europäische Front" weiterhin zu entblößen.

Ebenso wie in den Vereinigten Staaten, wo man sich anschickt, "Asiaten gegen Asiaten" kämpfen zu lassen (d.h. südkoreanische Truppen in großer Zahl einzusetzen) wird in Frankreich daran gedacht, indo-chinesische Bataillone in großer Zahl auszubilden, um eines Tages dazu zu gelangen, die französischen Truppen abzuziehen. Auf den ersten Blick erscheint dieser Plan nicht utopisch. Tatsächlich kämpfen bereits indo-chinesische Soldaten gegen den Viet Minh, und es ist

wahrscheinlich, daß sich ihre Zahl demnächst vermehren wird. Aber selbst optimistische militärische Kreise in Frankreich sind der Auffassung, daß die Aufstellung einer regelrechten indochinesischen Armee mindestens vier Jahre in Anspruch nehmen wird. Und selbst dann wird es unbedingt notwendig sein, den größten Teil der französischen Unteroffiziere und Offiziere in Indochina zu belassen.

Wenn französische Zeitungen vom "Endsieg" sprechen, so handeln sie zumindest unverantwortlich.. Wahrscheinlich wird es überhaupt keinen "Endsieg" in Indochina, sondern weiterhin blutige Kämpfe geben, die mit wechselndem Erfolg ausgehen und auf jeden Fall Frankreich weiterhin sehr schwer belasten werden. Das sollte man nicht vergessen, wenn demnächst mit größerer Lautstärke von der amerikanischen Hilfe für Indochina die Rede sein wird.

+ + +

Das Geld wäre da

rw - Düsseldorf

Die Koalitionsparteien im Düsseldorfer Landtag versuchten in den letzten Tagen, aus dem Hinweis im Sozialdemokratischen Pressedienst, daß angesichts der bestehenden großen Wohnungsnot im Lande die Konzentration auf den Mietwohnungsbau notwendig sei, politisches Kapital zu schlagen. Sie suchten daraus eine grundsätzliche Stellungnahme der SPD gegen den Eigenheimbau abzuleiten, und außerdem wollten sie der peinlichen, konkreten Frage ausweichen, ob sie gewillt seien, 100 Mio M mehr Landesmittel für den Wohnungsbau einzusetzen, als im Entwurf der Regierung vorgesehen - wie dies ein sozialdemokratischer Antrag vorsah.

Die SPD ist keineswegs gegen den Eigenheimbau, aber sie fragt unbestechlich nach dem tatsächlichen Effekt eingesetzter Mittel. Dabei hängt die Antwort jeweils von den verschiedenen, vorliegenden Bedingungen ab. Das Eigenheim ist unbestritten die Idealform des Bauens bei einigermaßen gelockerten Wohnverhältnissen der Gesamtbevölkerung, bei zumutbarer Verteuerung der Anschlußkosten und bei einer annähernden Vergleichbarkeit der Baukosten. Die Befürworter des Eigenheimbaues im nordrhein-westfälischen Landtag brachten jedoch Gründe vor, die weitgehend Illusionen waren. Sie setzten sich über die enormen Schwierigkeiten der Landbeschaffung ebenso hinweg wie über die realen Kostenfaktoren. Ein Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung wurde in ihrer

Darstellung genau so preiswert wie zwei gleichwertige Wohnungen im Wohnblock. Wünsche wurden hier einfach für Realität genommen. Dem nüchternen Betrachter aber bleibt die schmerzliche Erkenntnis, daß die wirkungsvollste Hilfe durch möglichst viel möglichst preiswerten Wohnraum zunächst das Gebot der Stunde ist.

Diese rasche Hilfe ist im Lande Nordrhein-Westfalen besonders dringlich geworden. Wenn das Land im vergangenen Jahr von etwa 400000 neuen Wohnungen im ganzen Bundesgebiet selbst 140000 baute, dann würde dies oberflächlich gesehen prozentual in etwa seinem Bevölkerungsanteil und noch nicht einmal so sehr seinem Wirtschaftspotential entsprechen. Aber von diesen 140000 Wohnungen sind ein beträchtlicher Teil Bergarbeiterwohnungen und Wohnungen des Stahlarbeiterprogrammes, die aus zusätzlichen Mitteln gebaut werden. Zählt man diese ab, dann ist das Land bereits unter den Bundesdurchschnitt gesunken. Hinzu kommt jedoch noch, daß jährlich Hunderttausende von Umsiedlern, Sowjetzonenflüchtlingen, Arbeitsuchenden usw. in das Land einströmen. Zieht man auch diese Wohnungen noch ab, die für die umgesiedelten Flüchtlinge zweckgebunden gebaut werden, dann sinkt der Anteil der einheimischen Bevölkerung an den Neubauten auf ein Minimum von vielleicht 30 bis 40000 Wohnungen zurück, und es ist kein Vergleich mit irgendeinem der anderen Bundesländer mehr möglich. Daher auch der bleibende Elendsbestand von einer ganzen Million Menschen, die in Bunkern, Baracken, Kellern, wohnen müssen, daher der schreckliche Zustand, daß in den großen Industriestädten Tausende von Familien mit fünf bis zehn Personen in einem einzigen Raum untergebracht sind. Dieses Elend schreit zum Himmel.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat die einzig mögliche Schlußfolgerung aus den schlimmen Zuständen gezogen: Sie hat die Erhöhung der Landesmittel für den Wohnungsbau im ordentlichen Haushalt von 140 auf 240 Mio M beantragt. Und sie hat die Regierung aufgefordert, den Ansatz der Einnahmen aus der Einkommensteuer um diesen Betrag zu erhöhen aus der Erfahrung, daß die tatsächlichen Einnahmen in den vergangenen Jahren noch immer den Vorschlag erheblich überstiegen haben. An der Verantwortung für diese Million Menschen scheiden sich in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr die Geister. Die einen ziehen sich hinter die angebliche Ungewissheit zurück, ob die Einnahmen wirklich eine großzügigere Behandlung des Wohnungsbaues gestatten, um dann später Jahr für Jahr feststellen zu können, daß der Zweckpessimismus nicht am Platze war, - die anderen wollen die Konzentration der Kräfte des Landes auf die Beseitigung eines Übelstandes, der eines Kulturvolkes unwürdig ist.

Verantwortlich: Peter Raunau